

KUNDENINFORMATION NACH VVG

Raten-Versicherung für Leasing-Verträge mit der Cembra Money Bank AG

Die nachstehende Kundeninformation gibt in übersichtlicher und knapper Form einen Überblick über die Identität des Versicherers und den wesentlichen Inhalt des Versicherungsvertrages (Art. 3 des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag, VVG). Die Rechte und Pflichten der versicherten Person ergeben sich aus den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB), der Beitrittserklärung, der Versicherungsbestätigung sowie den anwendbaren Gesetzen, wie insbesondere dem VVG.

Wer ist der Versicherer? Versicherer ist die AXA Versicherungen AG, General-Guisan-Strasse 40, 8400 Winterthur, nachstehend „AXA“ genannt.

Über wen erfolgen die Leistungsbearbeitung und die Korrespondenz?

Bitte korrespondieren Sie in allen Angelegenheiten, die Ihren Versicherungsschutz betreffen, stets mit AXA Versicherungen AG, Credit & Lifestyle Protection, General-Guisan-Strasse 40, 8400 Winterthur, Telefon 0848 000 398, Fax 0848 000 425. Sie können Ihren Leistungsfall auch schnell und bequem über folgende Webseite online einreichen: www.clp.partners.axa.ch/schaden

Wer ist der Versicherungsnehmer? Versicherungsnehmerin und Prämienschuldnerin ist die Cembra Money Bank AG („Leasinggeber“). Der Leasinggeber hat mit AXA einen Kollektivversicherungsvertrag zugunsten der versicherten Personen abgeschlossen.

Wer sind die versicherten Personen? Versicherte Personen sind Personen, welche die Aufnahmebedingungen gemäss den AVB erfüllen, dem Leasinggeber zuhanden von AXA die unterzeichnete Beitrittserklärung eingereicht und von dem Leasinggeber die Versicherungsbestätigung erhalten haben.

Welche Risiken sind versichert? Versicherte Risiken sind vollständige Arbeitsunfähigkeit, vollständige Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit. Bei der Versicherung handelt es sich um eine Summenversicherung.

Wie ist der Umfang des Versicherungsschutzes?

Es besteht folgender Versicherungsschutz:

- bei vollständiger Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit: Übernahme (a) der im Leasing-Vertrag festgelegten monatlichen Rate oder (b) des am 61. Tag der Arbeitsunfähigkeit ausstehenden Restsaldos des Leasing-Vertrages oder (c) von maximal CHF 2'500.- pro Monat, je nachdem, welches der tiefste Betrag ist, maximal für 9 Monate pro Versicherungsfall. Dauert die Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit nach dem 61. Tag weniger als einen vollen Monat an, leistet AXA für jeden Tag der andauernden vollständigen Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit 1/30 des vorgenannten Betrages.
- bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit: Übernahme des ausstehenden Restsaldos des Leasing-Vertrages bis maximal CHF 65'000.-, abzüglich des Betrages, mit dem Sie in Verzug sind.

Bei allen drei Risiken (vollständige Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und vollständige Erwerbsunfähigkeit) gilt eine Wartezeit von 60 Tagen.

Wie erfolgt die Leistungserbringung? AXA erbringt sämtliche Versicherungsleistungen an den Leasinggeber. Die Versicherungsleistung wird Ihrem dortigen Konto gutgeschrieben; Ihre Restschuld aus dem Leasing-Vertrag wird dementsprechend im Umfang der Leistungen von AXA an den Leasinggeber getilgt.

Wann beginnt der Versicherungsschutz? Der Versicherungsschutz beginnt am Tag, der in der Versicherungsbestätigung aufgeführt ist. Bei Arbeitslosigkeit besteht eine 60-tägige Karenzfrist.

Wie lange dauert und wann endet der Versicherungsschutz?

Der Versicherungsschutz ist jeweils für die Dauer eines Monats abgeschlossen, mit stillschweigender Erneuerung um jeweils einen weiteren Monat. Der Versicherungsvertrag sieht in den AVB verschiedene Beendigungsgründe/-möglichkeiten vor. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Versicherungsschutz endet insbesondere beim Eintritt eines der folgenden Ereignisse an den jeweils bezeichneten Daten:

- Datum, an dem der Leasing-Vertrag endet, oder Tag, an dem das Konto bei dem Leasinggeber ausgeglichen und saldiert wird
- Datum, an dem der gesamte dannzumal noch ausstehende Betrag unter dem Leasing-Vertrag vorzeitig fällig wird, insbesondere bei Kündigung infolge Verzugs, bei Konkurs oder dergleichen der versicherten Person
- 65. Geburtstag der versicherten Person bzw. Tag der ordentlichen Pensionierung oder vorzeitigen Pensionierung der versicherten Person
- Tag, an dem AXA 27 Monatsbeiträge zur Deckung von Arbeitsunfähigkeit und/oder Arbeitslosigkeit geleistet hat
- Tag, an dem AXA die Versicherungsleistung für vollständige Erwerbsunfähigkeit erbracht hat
- Tag, an dem die versicherte Person ein entlohntes Arbeitsverhältnis bei einem Arbeitgeber ausserhalb der Schweiz aufnimmt
- Tag der Beendigung der Versicherung
- Tag des Todes der versicherten Person

Sie können den Versicherungsschutz insbesondere beenden (jeweils mittels Mitteilung an Cembra Money Bank AG, Bändliweg 20, 8048 Zürich zuhanden von AXA oder über die Webseite www.cembra.ch/de/versicherungen):

- innerhalb von 30 Tagen nach Versicherungsbeginn; jederzeit
- nach den ersten 30 Tagen: unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 Tagen per Ende eines Monats
- wenn AXA die Prämien oder Versicherungsbedingungen ändert; die Mitteilung muss diesfalls vor dem Tag, ab welchem die Änderung gemäss Mitteilung von AXA für Sie wirksam würde, bei dem Leasinggeber eintreffen

AXA und der Leasinggeber können den Versicherungsschutz insbesondere beenden:

- mittels Mitteilung an Sie unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 Tagen per Monatsende
- wenn Sie mit der Bezahlung der Prämie gegenüber dem Leasinggeber in Verzug sind und erfolglos gemahnt wurden

Jede Mitteilung über die Beendigung des Versicherungsschutzes muss der anderen Partei schriftlich oder in anderer Textform (z.B. per E-Mail) zugestellt werden.

Wie hoch ist die Prämie?

Die Höhe Ihrer Prämie ist in der Beitrittserklärung und der Versicherungsbestätigung aufgeführt. Sie schulden Ihre Prämie dem Leasinggeber, welcher sie Ihnen monatlich inkl. Eidgenössischer Stempelabgabe in Rechnung stellt. Prämienänderungen während der Laufzeit der Versicherung bleiben vorbehalten.

Welche weiteren Pflichten hat die versicherte Person?

- Sachverhaltsermittlung: Bei Abklärungen zur Versicherung - wie z.B. betreffend Anzeigepflichtverletzungen, Gefahrserhöhungen, Leistungsprüfungen etc. - haben Sie mitzuwirken und AXA alle sachdienlichen Auskünfte und Unterlagen zu geben, diese bei Dritten zuhanden von AXA einzuholen und Dritte schriftlich zu ermächtigen, AXA die entsprechenden Informationen, Unterlagen etc. herauszugeben. AXA ist berechtigt, eigene Abklärungen vorzunehmen.
- Versicherungsfall: Das versicherte Ereignis ist AXA unverzüglich zu melden.

Wie behandelt AXA Ihre Daten?

Informationen über die Verwendung der Daten sind unter: www.AXA.ch/datenschutz zu finden. Darüber hinaus können Ihre Daten im Schadenfall, einschliesslich der hierzu geführten Korrespondenz, an die Bank weitergeleitet werden. Die Daten werden physisch oder elektronisch aufbewahrt. Als versicherte Person haben Sie das Recht, bei AXA über die Bearbeitung der Sie betreffenden Daten die gesetzlich vorgesehenen Auskünfte zu verlangen.

ALLGEMEINE VERSICHERUNGSBEDINGUNGEN (AVB)

FÜR VERSICHERUNGSSCHUTZ BEI VOLLSTÄNDIGER ARBEITSUNFÄHIGKEIT, VOLLSTÄNDIGER ERWERBSUNFÄHIGKEIT UND ARBEITSLOSIGKEIT

AXA Versicherungen AG betreffend Leasing-Verträge mit der Cembra Money Bank AG

Diese Allgemeinen Versicherungsbedingungen (**«AVB»**) regeln die Einzelheiten Ihrer Versicherungsdeckung. Der Versicherer ist die **AXA Versicherungen AG, General-Guisan-Strasse 40, 8400 Winterthur («Versicherer» oder «AXA»)**.

Grundlage Ihres Versicherungsschutzes ist ein zwischen der Cembra Money Bank AG (**«Leasinggeber»**) und dem Versicherer bestehender Kollektivversicherungsvertrag (**«Kollektivversicherungsvertrag»**). Versicherungsnehmer und Prämienschuldner unter dem Kollektivversicherungsvertrag ist der Leasinggeber. Sie sind diesem Kollektivversicherungsvertrag beigetreten und werden nachfolgend als **«versicherte Person»** bezeichnet. Versicherungsansprüche der versicherten Personen richten sich ausschliesslich gegen den Versicherer. Im Versicherungsfall bestehen keinerlei Ansprüche gegenüber dem Leasinggeber.

Bitte lesen Sie diese AVB sorgfältig durch und bewahren Sie diese an einem sicheren Ort auf. Grundlagen Ihres individuellen Versicherungsschutzes bilden:

- die in den vorliegenden AVB enthaltenen Bestimmungen;
- die in der von dem Leasinggeber im Namen des Versicherers ausgestellten Versicherungsbestätigung enthaltenen Angaben und Hinweise;
- die in Ihrer Beitrittserklärung enthaltenen Bestimmungen.

In Ergänzung hierzu gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG) sowie des Schweizerischen Obligationenrechts (OR).

I. AUFNAHMEBEDINGUNGEN UND DEFINITIONEN

Versicherungsschutz wird nur Personen gewährt, die im Zeitpunkt ihres Beitritts zum Kollektivversicherungsvertrag:

1. einen Leasing-Vertrag (**«der Leasing-Vertrag»**) mit dem Leasinggeber abgeschlossen haben;
2. den Beitritt zum Kollektivversicherungsvertrag beantragt und sich bereit erklärt haben, die von dem Leasinggeber überwältzte Monatsprämie zu bezahlen;
3. auf dem Leasing-Vertrag als erste Person unter der Rubrik „Leasingnehmer“ aufgeführt sind;
4. mindestens 18 Jahre und weniger als 65 Jahre alt sind;
5. einer festen und bezahlten Beschäftigung in der Schweiz unter einem unbefristeten, ungekündigten Arbeitsvertrag nachgehen und mindestens 18 Stunden pro Woche bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind (im folgenden **«im entlöhnten Arbeitsverhältnis»**);
6. ihren Wohnsitz in der Schweiz haben; und
7. keine Kenntnis von einer unmittelbar bevorstehenden Entlassung aus einem entlöhnten Arbeitsverhältnis haben.

II. BEGINN DES VERSICHERUNGSSCHUTZES

Der Versicherungsschutz beginnt:

- für die Deckung gemäss Art. IV und VI (vollständige Arbeitsunfähigkeit bzw. vollständige Erwerbsunfähigkeit): per Datum, welches auf der Versicherungsbestätigung aufgeführt ist;
- für die Deckung gemäss Art. VIII (Arbeitslosigkeit): 60 Tage nach dem Datum, welches auf der Versicherungsbestätigung aufgeführt ist (**«Karenzfrist»**).

Sofern die versicherte Person einen früheren versicherten Leasing-Vertrag (gleichgültig bei welchem Versicherer) durch einen neuen Leasing-Vertrag ablöst, gilt folgendes:

1. Für das Risiko „Arbeitslosigkeit“ entfällt die Karenzfrist im Hinblick auf die bisher versicherte Leasingrate. Im Umfang des Differenzbetrags zwischen der versicherten Rate der früheren Versicherung und der neuen Versicherung besteht eine Karenzfrist von 60 Tagen, sofern die versicherte Rate der neuen Versicherung höher ist.
2. Tritt der Versicherungsfall „Arbeitslosigkeit“ innerhalb der Karenzfrist ein, so entrichtet der Versicherer Leistungen in Höhe der jeweils niedrigeren versicherten Rate, d.h. entweder gemäss früherer Versicherung oder gemäss neuer Versicherung.
3. In der Versicherung bei vollständiger Arbeitsunfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit gilt der Abschluss der Folgen einer bereits bestehenden Arbeits- oder Erwerbsunfähigkeit oder bereits bestehender Leiden (insbesondere Krankheiten oder Unfälle), welche der versicherten Person im Zeitpunkt ihres Beitritts zum Kollektivversicherungsvertrag bekannt waren oder ihr hätten bekannt sein müssen, nur im Hinblick auf den Differenzbetrag zwischen der versicherten Rate der früheren und der neuen Versicherung (sofern die versicherte Rate der neuen Versicherung

die höhere ist).

III. ENDE DES VERSICHERUNGSSCHUTZES

Vorbehaltlich der Beendigungsmöglichkeiten gemäss Art. XIII wird der Versicherungsschutz jeweils für die Periode von einem Monat gewährt und verlängert sich automatisch für einen weiteren Monat bis zum Eintritt eines der folgenden Termine:

- Datum, an dem der Leasing-Vertrag endet, oder Tag, an dem das Konto bei dem Leasinggeber ausgeglichen und saldiert wird;
- Datum, an dem der gesamte dannzumal noch ausstehende Betrag unter dem Leasing-Vertrag vorzeitig fällig wird, insbesondere bei Kündigung zufolge Verzugs, bei Konkurs oder dergleichen der versicherten Person;
- 65. Geburtstag der versicherten Person;
- Tag der ordentlichen Pensionierung oder vorzeitigen Pensionierung der versicherten Person;
- Tag, an dem der Versicherer 27 Monatsbeiträge zur Deckung von vollständiger Arbeitsunfähigkeit und/oder Arbeitslosigkeit geleistet hat;
- Tag, an dem der Versicherer die Versicherungsleistung für vollständige Erwerbsunfähigkeit erbracht hat;
- Tag, an dem die versicherte Person ein entlöhntes Arbeitsverhältnis bei einem Arbeitgeber ausserhalb der Schweiz aufnimmt;
- Tag der Beendigung des Versicherungsschutzes (gemäss Art. XIII);
- Tag des Todes der versicherten Person.

IV. LEISTUNGEN BEI VOLLSTÄNDIGER ARBEITSUNFÄHIGKEIT

1. **«Vollständige Arbeitsunfähigkeit»** (nachfolgend zur besseren Lesbarkeit auch als **«Arbeitsunfähigkeit»** bezeichnet) bedeutet jede zeitweilige Einstellung der Arbeit infolge vollständiger (100%) Unfähigkeit der versicherten Person (als Folge einer Krankheit oder eines Unfalls), die angestammte Beschäftigung oder Tätigkeit auszuüben. Diese Unfähigkeit muss durch den Bericht eines Arztes bestätigt werden. Der Versicherer kann von der versicherten Person eine Untersuchung durch einen vom Versicherer bestimmten unabhängigen Arzt verlangen. Überdies muss die versicherte Person bei Eintritt des Versicherungsfalles in einem entlöhnten Arbeitsverhältnis stehen (wie unter Art. I definiert).
2. Die Leistung des Versicherers wird monatlich entrichtet. Sie entspricht dem tiefsten der nachfolgenden Beträge: (a) im Leasing-Vertrag festgelegte monatliche Mindestrate, (b) am 61. Tag der Arbeitsunfähigkeit ausstehender Restsaldo des Leasing-Vertrages oder (c) max. CHF 2'500.– pro Monat. Dauert die Arbeitsunfähigkeit nach dem 61. Tag weniger als einen vollen Monat an, leistet der Versicherer für jeden Tag der andauernden Arbeitsunfähigkeit 1/30 des nach Satz 2 geschuldeten Betrages.
3. Die Leistungen des Versicherers werden nach Ablauf einer Wartezeit von 60 aufeinanderfolgenden Tagen (ab Feststellung der vollständigen Arbeitsunfähigkeit) während der gesamten Dauer der Arbeitsunfähigkeit erbracht, höchstens jedoch während 9 Monaten pro Schadensfall. Die in Art. III vereinbarten Beendigungstermine bleiben vorbehalten.
4. Eine weitere Arbeitsunfähigkeit führt – ursachenunabhängig – lediglich zu einem Versicherungsanspruch gemäss den folgenden Bestimmungen:
 - 4.1 Hat die versicherte Person ihre entlöhnte Beschäftigung innerhalb von 6 Monaten vor Eintritt der erneuten Arbeitsunfähigkeit wieder aufgenommen, wird die weitere Periode der Arbeitsunfähigkeit als Fortsetzung der ersten behandelt (keine erneute Wartezeit; keine Leistungserbringung während der Dauer der Wiederaufnahme). Für die erste und die weitere Arbeitsunfähigkeit werden Leistungen während insgesamt max. 9 Monaten erbracht.
 - 4.2 Liegen zwischen dem Ende der ersten und dem Beginn der weiteren Arbeitsunfähigkeit mehr als 6 Monate (erneute Beschäftigung im entlöhnten Arbeitsverhältnis), wird die weitere Periode der Arbeitsunfähigkeit als neuer Versicherungsfall mit neuer Wartezeit behandelt.

V. FÄLLE VON VERSICHERUNGSAUSSCHLUSS BEI VOLLSTÄNDIGER ARBEITSUNFÄHIGKEIT

Die Leistungen des Versicherers sind in folgenden Fällen ausgeschlossen:

- Arbeitsunfähigkeit als Folge:
 - einer bereits bestehenden Arbeits- oder Erwerbsunfähigkeit oder bereits bestehender Leiden (insbesondere Krankheiten oder Unfälle), welche der versicherten Person im Zeitpunkt ihres

Beitritts zum Kollektivversicherungsvertrag bekannt waren oder ihr hätten bekannt sein müssen;

- von Selbsttötungsversuchen, vorsätzlichen Körperverletzungen, Konsum von nicht ärztlich verschriebenen Drogen oder Medikamenten;
 - der Leistung militärischer und ähnlicher Dienste;
 - von durch vorsätzliche Handlungen der versicherten Person eintretenden Unfall- oder Krankheitsfolgen, einschliesslich Folgen schwerer oder chronischer Alkoholabhängigkeit;
 - von Wirbelsäulenleiden oder Unfallverletzungen der Wirbelsäule, sofern diese nicht durch Röntgenaufnahmen oder Kernspinnresonanztomographie (MRI) nachgewiesen werden können;
 - von AIDS oder aufgrund der Folgen von AIDS;
- Teilweise Arbeitsunfähigkeit: Diese liegt vor, wenn die versicherte Person die angestammte Beschäftigung oder Tätigkeit zwar nicht mehr im bisherigen Umfang, aber noch eingeschränkt (stundenweise) ausüben kann;
 - Arbeitsunterbruch in Verbindung mit gesetzlichem Mutterschaftsurlaub;
 - Arbeitseinstellung oder -unfähigkeit aufgrund psychischer Probleme (einschliesslich Depressionen), sofern diese nicht durch einen in der Schweiz ansässigen anerkannten Psychiater bestätigt werden;
 - Jegliche Erhöhung des Saldos des Leasing-Vertrages oder der Leasingrate während eines Schadensfalles.

VI. LEISTUNGEN BEI VOLLSTÄNDIGER ERWERBSUNFÄHIGKEIT

1. **«Vollständige Erwerbsunfähigkeit»** bedeutet die gemäss Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) – nach zumutbarer Behandlung oder Eingliederung voraussichtlich verbleibende – festgestellte dauerhafte Unfähigkeit der versicherten Person (Eintritt infolge Krankheit oder Unfall), bezahlter Arbeit nachzugehen. Sie muss innert 12 Monaten ab Unfall oder Krankheitsbeginn eingetreten sein, einen Grad von mindestens 70% erreichen (ermittelt nach Vorgaben des IVG) und durch den Bericht von zwei Ärzten bestätigt werden. Der Versicherer kann zu diesem Zweck eine Untersuchung durch zwei vom Versicherer bestimmte unabhängige Ärzte verlangen. Überdies muss die versicherte Person bei Beginn der der vollständigen Erwerbsunfähigkeit zugrundeliegenden Krankheit bzw. des zugrundeliegenden Unfalls in einem entlöhnten Arbeitsverhältnis stehen (wie unter Art. I definiert).
2. Die Leistung des Versicherers wird einmalig entrichtet. Sie entspricht dem nach einer Wartezeit von 60 Tagen ab dem Zeitpunkt des Nachweises der vollständigen Erwerbsunfähigkeit (Art. X) unter dem Leasing-Vertrag noch ausstehenden Betrag (abzüglich bereits fälliger Raten und dafür geschuldeter Verzugszinsen). Sofern begründete Zweifel daran bestehen, dass die Erwerbsunfähigkeit von Dauer sein wird, kann der Versicherer die Auszahlung der Versicherungsleistung für einen Zeitraum von 12 Monaten verweigern.
3. Die Leistung des Versicherers ist auf maximal CHF 65'000.– begrenzt.

VII. FÄLLE VON VERSICHERUNGSAUSSCHLUSS BEI VOLLSTÄNDIGER ERWERBSUNFÄHIGKEIT

Die Leistungen des Versicherers sind in folgenden Fällen ausgeschlossen:

- in den in Art. V genannten Fällen (vollständige Arbeitsunfähigkeit);
- Während der Verbüssung einer Haftstrafe;
- Vollständige Erwerbsunfähigkeit als Folge:
 - der Ausübung der nachstehenden Sportarten: Kampfsportarten (Boxen, Ringen, Karate, Judo etc.), Riverraffing, Kanu- und Kajakfahren, Flaschentauchen, Klettern, Fall- und Gleitschirmfliegen, Pferdesport, Jagd, Rennsport jeder Art (ausgenommen zu Fuss), Wintersport (ausgenommen Ski-, Schlittschuh- und Schlittenfahren);
 - von Motorradfahren als Fahrer oder Beifahrer;
 - der Ausübung nachstehender Berufe: Taucher, Minenarbeiter, Zirkusartist, Arbeit mit explosiven Stoffen, jede Betätigung als Berufssportler;
 - der Eingehung aussergewöhnlicher Gefahren und Wagnisse im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes;
 - jeder Art des Fliegens, ausser als zahlender Passagier eines gewerbsmässig durchgeführten Fluges in einem Passagierflugzeug;
 - der Ausübung strafbarer Handlungen des Versicherten oder eines Dritten, soweit der Versicherte Gehilfe war;
 - ionisierender Strahlung oder radioaktiver Verstrahlung.

VIII. LEISTUNGEN BEI ARBEITSLOSIGKEIT

1. **«Arbeitslosigkeit»** bedeutet den völligen und fortgesetzten Unterbruch der Arbeit als Folge einer Entlassung aus einem entlöhnten Arbeitsverhältnis, aufgrund welcher für die versicherte Person volle Taggelderleistungen aus einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung ausgerichtet werden.
2. Die Leistung des Versicherers wird monatlich entrichtet. Sie entspricht dem tiefsten der nachfolgenden Beträge: (a) im Leasing-

Vertrag festgelegte monatlichen Rate, (b) am 61. Tag der Arbeitslosigkeit ausstehender Restsaldo des Leasing-Vertrages oder (c) max. CHF 2'500.– pro Monat. Dauert die Arbeitslosigkeit nach dem 61. Tag weniger als einen vollen Monat an, leistet der Versicherer für jeden Tag der andauernden Arbeitslosigkeit 1/30 des nach Satz 2 geschuldeten Betrages.

3. Bezieht die versicherte Person bereits Versicherungsleistungen aufgrund von Arbeitsunfähigkeit und wird sie zusätzlich arbeitslos, werden weiterhin einzig die Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit (Art. IV.) ausgerichtet. Nach Ende der Arbeitsunfähigkeit kann, bei dannzumal gegebenen Voraussetzungen, ein Antrag auf Versicherungsleistung wegen Arbeitslosigkeit gestellt werden.
4. Die Leistungen des Versicherers werden nach Ablauf einer Wartezeit von 60 aufeinanderfolgenden Tagen der Arbeitslosigkeit während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit erbracht, höchstens jedoch während 9 Monaten pro Schadensfall. Es gelten zudem die Beendigungstermine gemäss Art. III.
5. Eine weitere Arbeitslosigkeit führt lediglich zu einem Versicherungsanspruch gemäss den folgenden Bestimmungen:
 - 5.1 Hat die versicherte Person ihre entlöhnte Beschäftigung innerhalb von 6 Monaten vor Eintritt der erneuten Arbeitslosigkeit wieder aufgenommen, wird die weitere Periode der Arbeitslosigkeit als Fortsetzung der ersten behandelt (keine erneute Wartezeit; keine Leistungserbringung während der Dauer der Wiederaufnahme). Für die erste und die weitere Arbeitslosigkeit werden Leistungen während insgesamt max. 9 Monaten erbracht.
 - 5.2 Liegen zwischen dem Ende der ersten und dem Beginn der weiteren Arbeitslosigkeit mehr als 6 Monate (erneute Beschäftigung im entlöhnten Arbeitsverhältnis), wird die weitere Periode der Arbeitslosigkeit als neuer Versicherungsfall mit neuer Wartezeit von 60 Tagen behandelt.
6. **Zwischenverdienst / Einstelltag:** Erzielt die versicherte Person während der Dauer der Arbeitslosigkeit einen Zwischenverdienst, so reduziert sich die Versicherungsleistung für den betreffenden Monat im gleichen Verhältnis, wie die Arbeitslosenkasse die für den betreffenden Monat fällige Arbeitslosenunterstützung aufgrund des Zwischenverdienstes reduziert hat. Nach demselben Prinzip reduziert sich die Versicherungsleistung, wenn die Arbeitslosenkasse Einstelltag gegen die versicherte Person verhängt hat.

IX. FÄLLE VON VERSICHERUNGSAUSSCHLUSS BEI ARBEITSLOSIGKEIT

Die Leistungen des Versicherers sind in folgenden Fällen ausgeschlossen:

- Entlassung (oder Kündigung der versicherten Person mitgeteilt) vor dem 60. Tag nach Versicherungsbeginn;
- Arbeitslosigkeit, die nicht durch die Arbeitslosenversicherung entschädigt wird, sowie teilweise Arbeitslosigkeit;
- Eine bereits zur Zeit des Beitritts der versicherten Person zum Kollektivversicherungsvertrag mitgeteilte Kündigung der Arbeitsstelle oder zur Zeit der Unterzeichnung des Leasing-Vertrages bestehende Arbeitslosigkeit;
- Streik oder freiwillige Arbeitslosigkeit;
- Beendigung eines befristeten Arbeitsvertrages oder eines spezifischen Arbeitsprojekts;
- Kündigung, die der versicherten Person während der Dauer einer Probe-, Lehr- oder Ausbildungszeit mitgeteilt wird. Dies gilt nicht, für eine Probezeit, die unmittelbar an einen Versicherungsfall anschliesst;
- Entlassung aufgrund einer vorsätzlichen Verletzung wesentlicher Pflichten des Arbeitsvertrages;
- Entlassung aus wichtigem Grund gemäss Art. 337 OR;
- Jegliche Erhöhung des Saldos des Leasing-Vertrages oder der Leasingrate während eines Schadensfalles;
- Kündigt die versicherte Person ein entlöhntes Arbeitsverhältnis, um anschliessend ein neues entlöhntes Arbeitsverhältnis mit einem anderen Arbeitgeber aufzunehmen, so beginnt ab Beendigung des alten Arbeitsverhältnisses eine neue Karenzfrist von 60 Tagen zu laufen. Kündigt der neue Arbeitgeber das neue Arbeitsverhältnis innerhalb dieser Karenzfrist, besteht kein Versicherungsschutz.

X. ANSPRUCHSBERECHTIGUNG

Für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Versicherungsleistung hat die versicherte Person die hierfür bestimmten Schadenformulare zu verwenden, welche die versicherte Person vom Versicherer unter der untenstehenden Adresse beziehen kann. Das ausgefüllte Formular muss anschliessend dem Versicherer zugesandt werden (vgl. Adresse am Ende dieses Art. X). Zur Prüfung einer Leistungspflicht kann der Versicherer alle Nachweise verlangen, die er für die jeweilige Anspruchsprüfung als notwendig erachtet (inklusive die Gewährung von Akteneinsicht, um zu überprüfen, ob die versicherte Person die Aufnahmebedingungen im Zeitpunkt des Versicherungsbeitritts erfüllt hat). Es sind dies insbesondere:

Im Falle von vollständiger Arbeitsunfähigkeit

- Kopien des letzten Arbeitsvertrages und der letzten Lohnabrechnung;

- Ärztliches Zeugnis oder Befund, das/der (a) über die Ursache und Eigenschaft der Krankheit bzw. der Körperverletzung sowie über die entsprechende Prognose Auskunft gibt und (b) die mutmassliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit bestimmt;
- Bei Unfall: eine Kopie des Polizeiberichts (soweit vorhanden);
- Abwesenheitserklärung vom Arbeitsplatz als Folge von Krankheit oder Unfall (Dokument des Arbeitgebers).

Im Falle von vollständiger Erwerbsunfähigkeit

- Ärztliches Zeugnis oder Befund, das/der (a) über die Ursache und Eigenschaft der Krankheit bzw. der Körperverletzung sowie über die entsprechende Prognose Auskunft gibt und (b) die vollständige Erwerbsunfähigkeit gemäss Art. VI.1 feststellt;
- Abwesenheitserklärung vom Arbeitsplatz als Folge von Krankheit oder Unfall (Dokument des Arbeitgebers).

Im Falle von Arbeitslosigkeit

- Kopien des letzten Arbeitsvertrages und der letzten Lohnabrechnung;
- Kopie des Kündigungsschreibens;
- Kopie der Anmeldung und Geltendmachung von Arbeitslosenentschädigung bei einer Arbeitslosenkasse;
- Kopien der monatlichen Abrechnungen über Leistungsauszahlungen durch die Arbeitslosenkasse.

Ärztliche Berichte oder Atteste müssen in allen Fällen von einem in der Schweiz niedergelassenen Arzt ausgestellt sein. Alle Dokumente sind in einer der Landessprachen der Schweiz einzureichen. Die mit den oben genannten Nachweisen verbundenen Kosten sind von der versicherten Person zu tragen. Der Versicherer kann zusätzlich auf eigene Kosten weitere Nachweise beschaffen oder einfordern und weitere ärztliche Untersuchungen verlangen, die ihm beim Entscheid hinsichtlich der Feststellung des Anspruchs als notwendig erscheinen. In diesem Zusammenhang hat der Versicherer das Recht, die behandelnden Ärzte direkt zu kontaktieren. Die versicherte Person entbindet hiermit die behandelnden Ärzte sowie alle weiteren Mitarbeitenden von Institutionen, Behörden u.ä., die in den im Leistungsfall vorgelegten Unterlagen genannt sind oder die sonst wie an der Heilbehandlung beteiligt waren, von ihrer ärztlichen/beruflichen Schweigepflicht, soweit dies zur Feststellung der Deckungsverpflichtung (inklusive Verifizierung der Aufnahmebedingungen) notwendig ist. Die oben erwähnten bzw. zusätzlich eingeforderten Dokumente sind unverzüglich nach Eintritt eines Schadensfalles an folgende Adresse zu senden:

AXA Versicherungen AG
Credit & Lifestyle Protection
General-Guisan-Strasse 40
8400 Winterthur

Sie können Ihren Leistungsfall auch schnell und bequem über folgende Webseite online einreichen:

www.clp.partners.axa.ch/schaden

XI. ÄNDERUNG DER PRÄMIEN ODER AVB / MITTEILUNGEN

1. Der Versicherer kann sowohl für bestehende als auch für neue Risiken jederzeit eine Änderung der Prämien und/oder der AVB verlangen. Der Versicherer teilt den versicherten Personen die entsprechenden Änderungen spätestens 30 Tage vor deren Inkrafttreten schriftlich mit. Alle Mitteilungen gelten als gültig zugestellt, wenn sie an die letzte dem Versicherer oder dem Leasinggeber bekannt gegebene Korrespondenzadresse abgeschickt worden sind.
2. Ist die versicherte Person mit den Änderungen nicht einverstanden, kann sie den Versicherungsschutz unter Einhaltung einer Frist von 30 Tagen per Monatsende durch Mitteilung an den Leasinggeber beenden.

XII. PRÄMIE

1. Der Leasinggeber als Versicherungsnehmer und Prämienschuldner gegenüber dem Versicherer überwälzt seine Prämienschuld auf die versicherte Person. Die versicherte Person schuldet ihre Prämie dem Leasinggeber, welcher diese zusammen mit den monatlichen Leasingraten und der Eidg. Stempelabgabe einfordert.
2. Die erste Prämie ist am Datum des Versicherungsbeginns fällig, die Folgeprämien in den darauf folgenden Monaten, jeweils zusammen mit den monatlichen Leasingraten unter dem Leasing-Vertrag.
3. Die Prämie ist eine Monatsprämie. Die versicherte Person ist verpflichtet, ihre Monatsprämie an den Leasinggeber auch während der Zeit zu bezahlen, während jener sie unter diesem Kollektivversicherungsvertrag Leistungen bezieht.

XIII. BEENDIGUNG / ZAHLUNGSVERZUG

1. Die versicherte Person kann die Versicherung beenden, indem sie dies dem Leasinggeber zuhänden des Versicherers innerhalb von 30 Tagen nach Versicherungsbeginn mitteilt. In diesem Falle wird der Versicherungsschutz ohne Kostenfolgen aufgelöst und die von der

versicherten Person bereits an den Leasinggeber geleistete Prämie voll zurückerstattet.

2. Nach den ersten 30 Tagen kann die versicherte Person den Versicherungsschutz mittels Mitteilung an den Leasinggeber zuhänden des Versicherers unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 Tagen per Monatsende beenden. Im Fall einer solchen Beendigung wird die Versicherungsdeckung per betreffendes Monatsende ablaufen.
3. Der Versicherer und der Leasinggeber behalten sich das Recht vor, den Versicherungsschutz unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 Tagen per Monatsende zu beenden (Zustellung gem. Art. XI.1 letztem Satz).
4. Wird die von der versicherten Person geschuldete Prämie nicht rechtzeitig zum Fälligkeitsdatum gemäss Art. XII.2 bezahlt, ist der Leasinggeber berechtigt, die versicherte Person unter Androhung der Säumnisfolgen auf Kosten der versicherten Person schriftlich oder in anderer Textform (z.B. per E-Mail) aufzufordern, binnen 14 Tagen, von der Absendung der Mahnung an gerechnet, Zahlung zu leisten. Sollte die Prämie trotz einer solchen Mahnung nicht fristgemäss bezahlt werden, ruht die Leistungspflicht des Versicherers nach Ablauf der genannten 14 Tage.
5. Jede Mitteilung über die Beendigung des Versicherungsschutzes muss der anderen Partei schriftlich oder in anderer Textform (z.B. per E-Mail) zugestellt werden.

XIV. LEISTUNGSERBRINGUNG UND ABTRETUNG

Der Versicherer erbringt die Versicherungsleistungen an den Leasinggeber. Zu diesem Zweck tritt die versicherte Person hiermit ihren Anspruch auf alle Versicherungsleistungen gegenüber dem Versicherer an den Leasinggeber ab. Die Versicherungsleistungen werden dem dortigen Konto der versicherten Person gutgeschrieben; deren Restschuld aus dem Leasing-Vertrag wird dementsprechend im Umfang der Leistungen des Versicherers an den Leasinggeber getilgt.

XV. DATENSCHUTZ

Informationen über die Verwendung der Daten sind unter: www.AXA.ch/datenschutz zu finden. Darüber hinaus können Daten der versicherten Person im Schadenfall, einschliesslich der hierzu geführten Korrespondenz, an die Bank als bezugsberechtigte Versicherungsnehmerin weitergeleitet werden. Die Daten werden physisch oder elektronisch aufbewahrt. Die versicherte Person hat das Recht, bei AXA über die Bearbeitung der sie betreffenden Daten die gesetzlich vorgesehenen Auskünfte zu verlangen.

XVI. RECHTSWAHL

Ansprüche der versicherten Person unter dem Kollektivversicherungsvertrag unterstehen schweizerischem Recht.

XVII. GERICHTSSTAND

Als Gerichtsstand steht der versicherten Person wahlweise zur Verfügung: Winterthur als Sitz des Versicherers oder der schweizerische Wohnsitz der versicherten Person.